

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Schulausschusses am Montag, den 04.09.2017, um 17:00 Uhr in der Aula des Schulzentrums, Hermannstr. 23.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Thomas Lorenz

Ausschussmitglieder

Ingrid Bartholomäus
Saskia Burgmann
Sabine Danowski
Renate Greif
Malik Nasir Mahmood
Petra Pfeiffer
Annette Pizzato
Michaela Strukmeier
Annette Verhees
Dejan Vujinovic
Harald Weiss
Burkhard Wigge

Beratende Mitglieder

Christian Schoppe
Eberhard Wolff

ab 17.15 Uhr

Schriftführerin

Britta Knorz

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Margot Grüterich
Melanie Römerscheidt

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses am 20.06.2017 (öffentlicher Teil)
2. Vorstellung der Schulentwicklungsplanung der Primarstufe sowie der Raumbilanzen und Raumkonzepte durch Herrn Dr. Garbe und Herrn Gniostko IV/0422/2017
3. Grundschulsituation (CDU-Antrag vom 22.05.2017) AN/0164/2017

- | | | |
|----|--|--------------|
| 4. | Sachstandsbericht zur Konzepterstellung Medienentwicklungsplan und schulinterne Medienkonzepte | IV/0418/2017 |
| 5. | Sachstandsbericht Schülerbeförderung | IV/0423/2017 |
| 6. | Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen | IV/0421/2017 |
| 7. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Aus organisatorischen Gründen fragt er bereits zum jetzigen Zeitpunkt ab, ob es zu TOP 8.) oder 9.) des nichtöffentlichen Teils Anmerkungen der Ausschussmitglieder gibt. Dies ist nicht der Fall, so dass darauf hingewiesen wird, dass diese Tagesordnungspunkte bereits direkt zu Anfang in der Niederschrift aufgenommen werden.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses am 20.06.2017 (öffentlicher Teil)

Die Ausschussmitglieder genehmigen die Niederschrift der 13. Sitzung und nehmen diese ohne weitere Wortmeldungen an.

Beschluss:

2. Vorstellung der Schulentwicklungsplanung der Primar- IV/0422/2017 stufe sowie der Raumbilanzen und Raumkonzepte durch Herrn Dr. Garbe und Herrn Gniostko

Herr Dr. Garbe und Herr Gniostko stellen in ausführlicher Darstellung den Schulentwicklungsplan der Primarstufe sowie die damit verbundenen Änderungen der räumlichen Situation im gesamten Schulbereich vor. Die vorgestellte PPT sowie der Schulentwicklungsplan sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Lorenz bedankt sich für die Ausführungen und fasst als weitere Vorgehensweise zusammen, dass in einem ersten Schritt das Bildungsnetzwerk etabliert sein muss. Anschließend sind Vorkehrungen zu treffen, so dass Übergangslösungen nicht dazu führen, dass einzelnen Schuljahrgängen aufgrund geplanter Änderungen, kein qualitativ ausreichender Schulunterricht angeboten werden kann (Vermeidung von Vakuumklassen). Erst in einem dritten Schritt sollte die Planung der gebäudemäßigen Unterbringung angegangen werden. Nach seiner Auffassung sind diese einzelnen Schritte nacheinander abzuarbeiten und als getrennte Themen voneinander zu behandeln.

Frau Pizzato fragt zu dem vorgestellten Raumkonzept, ob fehlende Schulräume nicht am Grundschulstandort Wupper untergebracht werden können. Hierzu gibt Herr Dr. Garbe zu bedenken, dass es schwierig werden wird, Kinder aus dem Stadtbereich regelmäßig in die Wupperorte zu transportieren. Herr Gniostko ergänzt, dass aus seiner Sicht auch im Hinblick auf die Wahl eines neuen Grundschulstandortes berücksichtigt werden sollte, einen Schulstandort festzulegen, in dessen Einzugsbereich möglichst viele Familien wohnen.

Herr Weiss schlägt vor, zunächst alle Akteure zusammenzubringen, um in eine qualitativ gut aufgestellte Kita- und Grundschulplanung einzusteigen. In einem pädagogischen Ergebnis sollte festgehalten werden, welche Kinder die Einrichtung besuchen und welches Konzept in

dieser Einrichtung umgesetzt werden sollte. Diese Aussagen sind erforderlich, um anschließend politische Entscheidungen treffen zu können. Dieses Gremium, das diese Ergebnisse zusammenträgt, sollte ebenfalls ausführen, wie eine Übergangszeit gestaltet werden kann, in der die abschließende Lösung noch nicht fertiggestellt ist.

Herr Gniostko weist nochmal darauf hin, dass ein Schulneubau aus gutachterlicher Sicht unumgänglich ist. Die Rahmenbedingungen, die aus pädagogischen Betrachtungen erforderlich sind, sind von einem Gremium zu erarbeiten.

Frau Greif kann aufgrund des Gutachtens nachvollziehen, dass der Ist-Zustand des Gebäudebestandes einen Bedarf an einem Neubau erforderlich macht. Sie möchte wissen, ob geplante Neubaugebiete bereits in die Zahlen des Schulentwicklungsplanes eingeflossen sind. Von Herrn Dr. Garbe wird bestätigt, dass die gemeldeten und bearbeiteten Zahlen in Absprache mit dem Bauplanungsamt erfolgten. Auf jeden Fall sollten Gebiete in denen hauptsächlich Familien angesiedelt sind, bei der Standortsuche berücksichtigt werden.

Zu der zuvor an ihn gerichteten Frage zum Schulstandort Grundschule Wupper ergänzt Herr Dr. Garbe, dass dort keine weitere 2-Zügigkeit räumlich untergebracht werden kann. Zur weiteren Vorgehensweise empfiehlt er, in einem kurzfristigen Zeitfenster Flächen festzulegen, auf denen ein Grundschulstandort möglich und sinnvoll ist. Zur Festlegung eines Rahmenkonzeptes sollten die Schulleitungen aufgefordert werden.

Herr Lorenz ist zuversichtlich, dass ein solches Rahmenkonzept durch die Politik unterstützt werden wird. Alle Beteiligten müssen sich untereinander verständigen und gemeinsam ein Rahmenkonzept erarbeiten. Für bedenklich hält er es, wenn in einem solchen Konzept die Aussagen der weiterführenden Schulen keine Berücksichtigung finden.

Herr Weiss drängt auf schnelle Entscheidungen. Auch wenn die Landesregierung noch keine OGATA-Verpflichtung umgesetzt hat, sollte im Sinne der Kinder schnellstmöglich nach Lösungen gesucht werden, die dem immer größer werdenden Bedarf an Betreuungsangeboten gerecht wird. Er hält politische Entscheidungen und deren Umsetzung im Bereich der Schulen für wichtiger als Ausgaben für Museen oder Innenstadtkonzepte.

Herr Mans bittet alle Anwesenden, die Aussagen des Gutachtens zunächst wirken zu lassen. In diesem Zusammenhang macht er deutlich, dass ein gut ausgebildetes Schulsystem u.a. auch eine Imagefrage ist und daher von großer Bedeutung für die Stadt Radevormwald. Es gilt aber auch die haushaltsrechtliche Abwicklung zu bedenken. Die Abwägung muss gewissenhaft durchgeführt werden.

Frau Greif unterstreicht die zukunftsweisende Bedeutung der anstehenden Entscheidungen. Sie appelliert, diese Entscheidungen in Ruhe aber auch der erforderlichen Zügigkeit zu treffen.

Herr Schäfer fragt nach den zu erwartenden Kosten. Hierzu erläutert Herr Gniostko, dass eine Nennung von Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht ist. Den erforderlichen Ausgaben für einen Neubau sind allerdings auch Fördermittel, u.a. durch die Förderung der Schaffung von U-3-Plätzen gegenüberzustellen.

Herr Schoppe gibt hierzu zu bedenken, dass in einem ersten Schritt durch die Beteiligten herausgearbeitet werden sollte, ob ein Bildungshaus überhaupt gewollt ist. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, wer an dem Gremium, welches die pädagogischen Rahmenbedingungen erarbeitet, teilnimmt.

Herr Lorenz stellt klar, dass es nicht Aufgabe des Schulausschusses ist, ein solches Gremium einzurichten. Er signalisiert jedoch, dass die pädagogische Lösung, die das Bildungsnetzwerk gemeinsam erarbeitet, vom Schulausschuss unterstützt wird.

Frau Strukmeier weist abschließend darauf hin, dass sie es für wichtig hält, dass die Ausschussmitglieder das Gutachten zunächst in ihren Fraktionen beraten und es nicht in dieser Sitzung bereits zu Beschlussfassungen kommt.

Beschluss:

3. Grundsichulsituation (CDU-Antrag vom 22.05.2017) AN/0164/2017

Herr Weiss zieht den Antrag der CDU-Fraktion insofern zurück, dass die beantragte Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Schulausschusses verschoben werden soll.

Beschluss:

4. Sachstandsbericht zur Konzepterstellung Medienentwicklungsplan und schulinterne Medienkonzepte IV/0418/2017

Beschluss:

Herr Funke führt aus, dass mit den Herren Maar und Dreisbach am 10.08.2017 ein Termin stattgefunden hat, der zu dem in der Verwaltungsvorlage dargestellten Ergebnis geführt hat. Am 27.09.2017 wird den Schulleitungen im Rahmen einer Bildungskonferenz hierzu entsprechend berichtet.

5. Sachstandsbericht Schülerbeförderung IV/0423/2017

Zu den Ausführungen der Verwaltungsvorlage ergänzt Herr Funke, dass der Vorteil einer Mitgliedschaft bei der OVAG ist, dass eine europaweite Ausschreibung dadurch nicht erforderlich wird. Inhaltliche Gedanken zu einem neuen Vertragsinhalt sollen aber trotzdem innerhalb eines Leistungsverzeichnisses erarbeitet werden. In einer Ausschusssitzung im Herbst kann dann ggf. eine Entscheidung getroffen werden, ob der bestehende Vertrag mit der OVAG zum Jahresende gekündigt werden kann. Schon jetzt weist Herr Funke aber darauf hin, dass in einem abschließenden Leistungsverzeichnis berücksichtigt werden muss,

dass zukünftig immer mehr Nachmittagsunterricht (durch Auflösung der Realschule) stattfinden wird und dass auch ein neuer Schulstandort mit berücksichtigt werden sollte.

Frau Pizzato schlägt vor, eine Ausschreibung vorzunehmen, zeitgleich aber auch den Gedanken der Mitgliedschaft bei der OVAG weiterzuführen. Herr Vujinovic ist der Auffassung, dass eine Testausschreibung nicht möglich ist. Sobald ein Ausschreibungsverfahren gestartet ist, ist die Stadt auch verpflichtet, dem günstigsten Anbieter den Auftrag zu erteilen. Die Verwaltung sagt zu, diese Aussage rechtlich zu überprüfen.

Frau Strukmeier ist der Auffassung, dass die OVAG der teuerste Anbieter ist und ein Ausschreibungsverfahren auch konkurrierenden Anbietern eine Chance einräumt, den Auftrag zu erhalten. Hierzu erläutert Herr Funke, dass die Verkehrsbetriebe Wupper-Sieg im bergischen Raum bereits anderweitig ein großes Gebiet abdecken und sich somit an einem Ausschreibungsverfahren nicht beteiligen können.

Herr Wigge hält eine Beteiligungssumme von rd. 105.000,-- € für eine erhebliche Summe und plädiert daher zu einer Ausschreibung. Frau Pizzato fragt, ob man als Mitgesellschafter nicht auch gleichzeitig für Verluste herangezogen wird. Auch hierzu wird sich die Verwaltung rechtlich beraten lassen.

Frau Strukmeier regt an, bei dem geplanten Leistungsverzeichnis eine Ausweitung der Nutzung des Linienverkehrs mit zu berücksichtigen. Herr Funke verweist hierzu auf die Besonderheit, dass durch die verstreuten Außenortschaften häufig keine Linienverkehrsanbindung vorhanden ist. Im Rahmen der Erstellung des Leistungsverzeichnisses wird jedoch natürlich geklärt, welcher Schüler von welcher Ortschaft zu welcher Schule transportiert werden muss.

Beschluss:

6. Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen IV/0421/2017

Ergänzend zu der Verwaltungsvorlage erläutert Herr Funke, dass das Moratorium ausschließlich für Förderschulen vorgesehen ist, die sich derzeit im Auflösungsverfahren befinden. Sollte die Stadt Radevormwald wieder eine eigene Förderschule betreiben wollen, sind nach wie vor 144 Schüler/innen erforderlich, um eine solche zu gründen. Derzeit werden am Schulstandort Armin-Maiwald-Schule 110 SuS beschult.

Herr Lorenz betont, dass diese Informationsvorlage in keinsten Weise auf die inhaltliche Arbeit am Schulstandort Armin-Maiwald-Schule bezogen wurde. Vielmehr sollte es sich um eine reine Information zum Entwurf zur Änderung der Mindestgrößenverordnung handeln.

Herr Weiss weist jedoch darauf hin, dass man weitere Entscheidungen der Landesregierung hierzu verfolgen sollte. Ein langfristiges Ziel sollte es sein, die Schulträgerschaft der Förderschule wieder selbst auszuführen. Zur nächsten Schulausschusssitzung wird hierzu ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion formuliert.

Beschluss:

7. Mitteilungen und Fragen

Frau Pizzato möchte wissen, ob die Sekundarschule zukünftig einen eigenständigen Namen erhalten wird. Hierzu erläutert Herr Gniostko, dass die Namensgebung ein Ziel des jetzt gestarteten 2. Schuljahres sein wird. Im Rahmen einer Identitätsfindung wird gemeinsam ein passender Name gesucht.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass er die Schulausschusssitzung absprachegemäß ein letztes Mal geleitet hat. Den Ausschussvorsitz übergibt er an Herrn Weiss. Zukünftig wird Herr Lorenz die Stellvertretung übernehmen. Er bedankt sich für die intensive Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Ende: 18.50 Uhr

Beschluss:

Thomas Lorenz
Harald Weiss
Vorsitzender

Britta Knorz
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter